

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.01.2016 Drucksache 17/9794

Antrag

der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Susann Biedefeld, Kathi Petersen SPD

Woche der Aus- und Weiterbildung – auch und gerade in Bayern nicht ohne den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, die Gewerkschaften, namentlich den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), seine Untergliederungen und Mitgliedsgewerkschaften, in die bayerische Woche der Aus- und Weiterbildung 2016 einzubinden.

Begründung:

Die Gewerkschaften spielen in ganz Deutschland seit jeher eine gewichtige Rolle bei der Gestaltung der Arbeitswelt. Dies ist auch im Freistaat Bayern nicht anders. Deshalb ist es inakzeptabel, dass bei einer Veranstaltung dieses Formats die Gewerkschaften nicht miteinbezogen werden. Die Staatsregierung ignoriert dadurch einen relevanten Akteur, was zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, genauso wie der Firmen und Unternehmen geht und die Reichweite und Sinnhaftigkeit der Aus- und Weiterbildungswoche in Frage stellt. Es gab unter früheren Staatsregierungen den Bayerischen Beschäftigungspakt und das Bündnis für Arbeit - wertvolle Errungenschaften der Zusammenarbeit, die leider nicht weitergeführt wurden. Es gilt, diese Tradition wieder aufzunehmen, um ein Klima der Kooperation und des Miteinanders zu schaffen. Dem ist abträglich, dass der DGB schon im November vergangenen Jahres bei der Berufsbildungsmesse in Nürnberg übergangen wurde, genauso betreffend den Integrationspakt von 60.000 Flüchtlingen.